

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden. Herausgeber: Dresdner Nachrichten. Ausgabezeitung: 25 241. Preis für Nachdruckpreis: 2001.

Bezugs-Gebühr bei möglichster Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 19 000.— Einzelnummer M. 1000.— Sonntagsausgabe M. 1500.— Anzeigen-Preise. Die 1-polige 30 mm breite Seite M. 2500.—, unterhalb Sachsen M. 3000.— Familienanzeigen und Stellungsangebote ohne Rabatt M. 1200.—, außerhalb M. 1500.— Bezugspflichtige und Tiere. Zusätzliche Aufträge gegen Vorrauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Moritzstraße 38/40. Druck u. Verlag von Siepmüller & Weidner in Dresden. Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattet. - Unerlaubte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Dresden Privat-Bank**  
Fernspr. 22205, e. G. m. b. H.  
22206, 22206 Dresden-A., Grunaer Straße  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte  
Kapital und Haftsumme 150 Millionen Mark

**Wotan**

des leistungsfähigsten Kleinkraftrad für Beruf und Sport.  
2 PS-Motor mit Zweiganggetriebe und Leerlauf. Verlangen Sie Prospekt  
**Wotan A.-G.**  
Dresden, Schulgutstraße 1

Ersatz 1921/22  
**Fremdenhof Zum Weber Kirschau, M.**  
Ferme: Schloss 120  
Bahnstationen: Wilthen-Schirgiswalde-Rodewig.  
Haus ersten Ranges, mit allen neuesten Einrichtungen ausgestattet.  
Herrl. Lage mit prächt. Gebirgsblick. Seehausw., großes Wein- u. Bier-  
stüberl. Gesellschaftssaal. Mod. Bundekegelbahn. Autohallen. Gaststätte.  
Fremdenzimmer mit Balkon und Warm- und Kaltwasseraufzettelung.  
Sommerfrische mit Pension.  
Bäder im Hause.

## Ein Angstschrei Poincarés an England.

Poincaré will England mit der „furchterlichen Organisation der deutschen Industrie“ bange machen. — Frankreichs wahres Ziel: Verschleppung der endgültigen Reparationsregelung bis zur völligen Vernichtung Deutschlands. — Hartnäckige Ablehnung der englischen Vorschläge in Paris — Der Reichsjustizminister zur sächsischen Erklärung zur Flucht Ehrhardts.

### Die erlensieben Warnungen Frankreichs.

Die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Villers-Cotterets.

Paris, 22. Juli. Poincaré hält heute nachmittag bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Villers-Cotterets eine Rede, in der er sich wiederum mit dem Reparationsproblem beschäftigte. Nach einer eingehenden Schilderung der Kriegsergebnisse des Jahres 1918, in deren Mittelpunkt die Gemeinde Villers-Cotterets stand, ging Poincaré dazu über,

#### von den angeblichen Zerstörungsmethoden des deutschen Heeres

zu sprechen. Er sprach von einem Programm wirtschaftlicher Vernichtung, das der deutsche Generalstab von Spezialisten habe ausspielen lassen, und von dem die französische Regierung einige authentische Exemplare besaß. (?) Alles habe vernichtet werden sollen!

Während in Deutschland nicht ein Schornstein vernichtet sei, weigere sich das Reich, keine Verpflichtungen zu halten und den angerichteten Schaden zu reparieren.

Diesen Augenblick habe der chemische Premierminister einer alliierten Nation ausgesucht, um Bewirrung anzurichten. Die verwüsteten Gebiete Frankreichs seien wieder aufgerichtet und man habe nicht das Recht, sich über zu geringe Ausgaben der deutschen Regierung zu beschweren. Was will Lloyd George damit sagen? Wenn Deutschland seine Handelsflotte wieder aufrichte, neue Kanäle baut, sein Eisenbahnnetz entwickle, handle es sich da nicht um Verbesserungen, geschehe das nicht zum Schaden der Alliierten? Alles dies könne für Lloyd George amüsant sein, für Frankreich sei es traurig, sogar unerträglich.

Wenn man Frankreich table, seine industriellen Betriebe nicht nach dem alten System wieder aufzubauen zu haben, wolle man das nicht zu seinem Nutzen noch das Verbot der Ausnützung des Fortschrittes hinzufügen? Gerade diese Paradoxe habe Deutschland im Auge gehabt, als es seinen Vernichtungsplan aufgestellt habe. Poincaré zitierte hierauf einige Stellen aus der von ihm angeführten deutschen Broschüre über die Vernichtung der französischen Industrie und fragte, ob man alle diese Institutionen vergessen könne. Lloyd George selbst habe diese anvisierte Publikation im Laufe des Jahres 1919, als man den Friedensvertrag ausgearbeitet habe, in Händen gehabt. Wie immer auch Frankreich seine durch Deutschlands Vernichtungshausausrüstung und er schwerte Wiederherstellung durchgeführt habe, so bedrohe es nicht die wirtschaftlichen Rechte irgend einer Nation. Die Engländer würden gut daran tun, wenn sie ihre Bemühung auf näherliegende Dinge richten. Warum seien sie denn nicht mit Frankreich in das Abkommen eingedrungen? Sie würden dann viel besser die wahren Weichen der Zukunft erkennen. Sie müssten sie in der

furchterlichen Organisation der deutschen Industrie finden. Das müsste sie erregen und zum Nachdenken bringen. Es seien nicht nur die ungeheuren Kartelle, die großen Syndikate, die weitgehenden horizontalen Organisationen, die die Unternehmer gleicher Produkte gründeten. Es seien jetzt auch andere Institute industrieller Konzentration, namentlich vertikale Kombinationen, die nicht nur die Produzenten eines und desselben Artikels, sondern von oben bis unten alle Formen der Produktion von den Rohmaterialien bis zu den Herstellprodukten unter dem Namen Konzernen einander näher brächten. Das seien nun heutzutage Kräfte, verstärkt durch die Einheit der Positionen, die Werke, Stahlwerke, Schmelzereien, die Transportmittel, die Wasser- und Lande beföhnen und so das Monopol des Nationalvermögens in Händen hätten.

Jeden Tag seien sie sich mehr an die Stelle des Staates, befreit. Sie würden ihn befehlen. Sie seien die Herren der deutschen Presse und der deutschen Regierung. Sie maschinen die deutsche Republik einer neuen Nasse untertan, die ebenso tödlich müttig sei, wie die der Junfer, und die sich ebenso kräftig gegen die Freiheit des Volkes wendeten.

Goss dieses System wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung als natürlicher Verbündeter der militärischen Reaktion sich endgültig im Herzen Europas schließen? Gäbe es etwas, was dem demokratischen Gedanken Großbritanniens mehr zuwiderlaute, als deren bester Hitler sich bis jetzt die beiden großen westlichen Demokratien bezeichnet hätten?

Wenn man jetzt die Unzulänglichkeit, die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches in einen festen und unabänderlichen Rahmen einzuschließen,

dann würde es sich rasch den Maßnahmen der Alliierten entziehen und bald unter dem Einfluss der außerordentlichen Entwicklung industrieller Kräfte sich unweich an einen vorarbeiten. Deutschland würde dadurch den wirtschaftlichen Vorrang erobern und zu gleicher Zeit in der Welt den Standort rückständiger und unmoralischer politischer Bevölkerung aufrichten. Um diese Gefahr zu beschwören,

müssten sich England, Belgien, Italien und Frankreich enger denn je zu einer gleichen Aufführung vereinigen. Sie müssten sich den Realitäten gegenüberstellen. Sie müssten es verstehen, hinter der Camouflage die Wahrheit aufzustöbern. Sei es denn so schwer, den alliierten Regierungen die Elemente eines lehrreichen Vergleichs und die Motive einer gefährlichen Entscheidung zu liefern? Genüge es nicht, um sie vollkommen aufzulösen, dass sie erst das Auseinanderbringen und dann eine Reise nach dem Ruhrgebiet unternehmen? Wenn sie das geschehen hätten, dann wären sie aufgeklärt!

Wünschen wir, so schloss Poincaré, dass keiner unserer Freunde diese kurze Enquête unterlässt, die weder finanzielle Studien, noch internationale Experten erfordert, die aber alle Menschen mit gefundem Verstand durchführen können. Hoffen wir, dass man unter dem Vorwand, einen unglücklichen Soldaten zu schonen, nicht den Betrug und die Unrechtigkeit ermutigt, dass man nicht die glorreiche Erinnerung des gemeinsam errungenen Sieges in dieser verwüsteten Gegend vergibt, und dass man nicht für die Zukunft den Triumph einer fremden Plutokratie vorbereite. Wünschen wir, dass die geschlossenen Augen sich vor den Tatsachen öffnen, und dass niemand später zu beteuern hat, in der Entscheidungssonne die erlensieben Warnungen Frankreichs überhört zu haben. (W. T. B.)

### Eine offiziöse Erklärung zur Rede Poincarés

Berlin, 22. Juli. Nur beweisen Rede Poincarés wird dem W. T. B. von zuständiger Stelle erklärt, wenn Poincaré sich wieder bemüht, die Legende aufrechtzuerhalten, dass Frankreich durch den Krieg mehr gelitten habe, als Deutschland, so könnte er heute keinen vorurteilsfreien Politiker oder Wirtschaftler mehr täuschen. Denn diese seien sich darüber klar, dass die unsichtbaren Verstürtzungen in Deutschland viel schwerer und gefährlicher seien, als die sichtbaren in Frankreich: Die Verwüstungen der deutschen Volkswirtschaft durch die Hungerblockade und Entbehrungen, die Vernichtung des Mittelstandes, die Unterernährung und schwere körperliche Schädigungen von Millionen Kindern, die Vernichtung der deutschen Finanzkrise, die Substanzerhöhung der deutschen Wirtschaft. Dies alles sei von den berüchtigten englischen und amerikanischen Sachkennern anerkannt. Die Vernichtungen der deutschen Wirtschaft, die Produktion teilweise aufgestoppt, seien auch von den deutschen Geistern anerkannt. Denn sie bildeten die Voraussetzung zu Reparationszahlungen. Der Widerstand Poincarés gegen klare Feststellung der deutschen Verpflichtungen, die die Voransetzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei, entstünde die wahre Abseitslage Poincarés, während die Hand an der Sorgel Deutschlands zu halten. Das deutsche Angebot vom 7. Juni zeige die nötige Entschlossenheit der deutschen Regierung und aller Wirtschaftskreise zu äußersten Reparationsleistungen. Angesichts der ungeheuren Leistungen, zu denen sich Deutschland dadurch auf Menschenalter verpflichtet, sei es sinnlos, wenn Poincaré von der Machtlosigkeit der Großen von den wirtschaftlichen Vorrang in Europa durch Deutschland spreche.

### Die Pariser Presse lehnt Englands Antwortsentwurf ab.

Paris, 22. Juli. Nach den Mitteilungen der Morgenpost bestehen die am gestrigen Nachmittag eingetroffenen englischen Dokumente ausschließlich aus dem Entwurf einer gemeinsamen Antwort auf die deutsche Note vom 7. Juni und einem erläuternden Begleiterschreiben an die Alliierten. Über den Inhalt, bei dessen Beprüfung man sich lediglich auf allgemeine Andeutungen zu führen erklärt, äußern sich die armen Nachrichtenblätter wenig Hoffnungsvoll. Eine Verfolgung der von ihnen vorgeschlagenen Politik lässt die Meinungsverschiedenheiten erkennen.

"Echo de Paris" glaubt, die Differenzen in drei Punkten zusammenfassen zu können: die Frage des passiven Widerstandes, die Abhängigkeit der deutschen Zahlungsfähigkeit und die Gegenfrage. Lord Curzon habe seit und die Gegenfrage. Lord Curzon habe keineswegs darauf verzichtet, von Frankreich bestimmte Angaben über diejenigen Konzessionen zu erhalten, die es als Gegenleistung für die Einstellung des passiven Widerstandes vorschlägt. Da Frankreich und Belgien es bisher abgelehnt hätten, sich überlängt im Voraus zu äußern, habe er sich dadurch aus der Schwierigkeit gezoagt, doch er Frankreich und Belgien ersucht, gewisse Verpflichtungen gegenüber England einzugehen, die auf die Umwandlung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in eine unmittelbare Besetzung usw. hinausließen.

Es erscheine höchst unwahrscheinlich, dass man sich französischerseits auf das vorgeschlagene Kompromissverfahren einlassen werde. Das eine ernste Abschaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit anbelangt, so verucht sich das Blatt daran, dass nach Ansicht der französischen Regierung das Zahlungsausfall vom 6. Mai 1921 so lange bestehen bleiben müsse, als nicht die Frage der interallierten Schulden geregelt sei. Es verweist auch auf die Berichte der beiden englischen Handels- und Finanzvertreter in Berlin und Koblenz, die vor zwei Monaten in London überreicht worden seien und in denen festgestellt werde, dass es keine Möglichkeit gebe, die Einnahmen

Deutschlands in Geld abzuschätzen, solange die Mark nicht stabilisiert sei. Wenn Lord Curzon mit aller Gewalt unsägliche Sachverständige in die Kombination hineinziehen wolle, so müsse man ihnen die Aufgabe zuweisen, die direkten und indirekten Posten in den Banken von London und New York abzuschätzen. Hier habe man es mit einer mehrtägigen Goldentnahme zu tun.

In der Gattantieffrage schließlich soll es nach der englischen Auffassung Aufgabe der Reparationskommission sein, sich über den Wert der von Deutschland in dieser Beziehung gemachten Angebote auszusprechen. In London scheint man Zahlungsmittel und Garantien zu verwechseln. Zahlungsmittel seien keine Garantien. Der Reparationskommission steht es frei, den Wert der vorgeschlagenen Zahlungsmittel zu untersuchen, selbstverständlich, nachdem der deutsche Widerstand erledigt sei. Frankreich und Belgien hätten sich am 12. Januar im Ruhrgebiet und auf dem linken Rheinufer auf die Feststellung der deutschen Verpflichtungen durch die Reparationskommission hin derjenigen Garantien bemächtigt, die ihnen wünschenswert erschienenen. Es könne heute nicht Sache der Reparationskommission sein, eine schiedsgerichtliche Entscheidung über das begonnene Werk zu fällen.

"Petit Parisier" glaubt feststellen zu können, dass man in London in der vergangenen Woche eine Handlung in Sinne des formalen Entgegenkommen gegenüber Frankreich durchgeführt habe, bedauert aber, dass in der Sache selbst anscheinend keine merklichen Fortschritte gemacht worden seien. Der Graben, der die beiderseitigen Standpunkte voneinander trenne, erscheine noch ebenso breit wie vorher. Englands Widerstande möglicherweise man die Frage der Ruhrbefreiung und das Problem des passiven Widerstandes in den Hintergrund zu rücken. Es dürfte jedoch feststellen, dass man in Paris sowohl wie in Brüssel dabei bleiben werde, von Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes an verlangen, und dass man sich nur nach Wahrnehmung der geleisteten Leistungen zum Verlassen des Ruhrgebietes bereit finden werde. (W. T. B.)

### Die Verantwortlichkeit der sächsischen Gefängnisbehörden im Falle Ehrhardts.

Die vorläufige Antwort der Reichsregierung auf die Erklärung der sächsischen Regierung.

Berlin, 21. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Die heutigen Tageszeitungen veröffentlichte eine Erklärung der Sächsischen Nachrichtenstelle über die Vorgänge, die zur Flucht Ehrhardts geführt haben. Der Reichsjustizminister hat Veranlassung genommen, den Präsidenten des Staatsgerichtshofes um eine Mitteilung über die tatsächlichen Vorfälle zu erfragen. Das Ergebnis wird der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Gegenüber der von der Sächsischen Nachrichtenstelle gegebenen Darstellung ist schon jetzt folgendes hervorzuheben:

Entscheidungen, die der Präsident des Staatsgerichtshofes im Rahmen der ihm anhreibenden gesetzlichen Verpflichtungen (§ 118 der Strafprozeßordnung) über den Umfang der dem Untersuchungsgefange Ehrhardt in der Gestalt aufzuerlegenden Beschränkungen getroffen hat,

konnten die sächsischen Gefängnisbehörden nicht der Verpflichtung überheben, den ihrem Gewahrsam anvertrauten Gefangenen den bestehenden Vorschriften gemäß sicher zu verwahren.

Wäre dies geschehen und nicht dem Gefangenen vor seiner Flucht verboten würdig, Bewegungsfreiheit im Gefängnis ohne Aufsicht gelassen worden, so wäre die Flucht nicht möglich gewesen.

### Teuerungsunruhen auch in Gleiwitz.

Gleiwitz, 21. Juli. Hier ist es heute nachmittag zu Lebensmittelunruhen gekommen. Die Massen drangen in einige Lebensmittelgeschäfte ein und erzwangen die Abgabe der Preisschlüsse. Die Ereignisse hält an. In Gleiwitz sind die sächsischen Gefängnisbehörden nicht der Verpflichtung überheben, den ihrem Gewahrsam anvertrauten Gefangenen den bestehenden Vorschriften gemäß sicher zu verwahren.

Wäre dies geschehen und nicht dem Gefangenen vor seiner Flucht verboten würdig, Bewegungsfreiheit im Gefängnis ohne Aufsicht gelassen worden, so wäre die Flucht nicht möglich gewesen.

### 1200 Verhaftungen in Breslau.

Breslau, 21. Juli. Den "Neuesten Nachrichten" anlässlich der Lebensmittelunruhen in Breslau berichtet. Ein großer Beamtenstab in damit befasst. Die Verhafteten zu verbauen, um die eigentlichen Führer der Teuerungsunruhen festzustellen. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Frauen und Jugendliche. Heute früh trafen auf dem Hauptbahnhof Verhaftungen ein. Am Morgen trafen die Vertreter der sächsischen, staatlichen und Polizeidienststellen an, um über weitere Maßnahmen gegenüber etwaigen neuen Unruhen zu beraten. Es herrschte Einigkeit darüber, dass der ungeborene Sohn unter der Bevölkerung leider mit allen Mitteln gehemmt werden müsse, doch aber dem sächsischen Vorschriften von unverantwortlichen, lediglich politische Ziele verfolgenden Elementen mit allen Mitteln begegnet werden müssen. Die Gattung der Schupolizei und allgemeine Anerkennung.